



LANDKREIS ROTENBURG (WÜMME)

DER LANDRAT

Mitteilungsvorlage Dezernat IV Tagesordnungspunkt: ____		Drucksachen-Nr.: 2016-21/0023 Status: öffentlich Datum: 04.11.2016
Termin	Beratungsfolge:	
17.11.2016	Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr	

Bezeichnung:

Ausweitung des HVV-Tarifes im Schienenpersonennahverkehr

Sachverhalt:

In seiner Sitzung am 17.03.2016 hat der Kreistag beschlossen, dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) grundsätzlich bereit ist, die Hälfte der Tarifierungsverluste für eine Ausweitung des HVV-Tarifes auf der Schiene in den Landkreis hinein zu tragen, wenn sich das Land Niedersachsen dauerhaft mit mindestens ebenfalls 50 % an diesen Kosten beteiligt. Eine mögliche Mitfinanzierung durch Hamburg sei dabei vorab von den Tarifverlusten abzusetzen. Grundlage dieses Beschlusses sollte dabei das komplette HVV-Fahrscheinangebot sowie die Einbeziehung sämtlicher Bahnhöfe im Landkreis sein (Modell 1). Der Kostenanteil des Landkreises soll seinerseits nach der bestehenden „Rahmenvereinbarung zur Finanzierung von ÖPNV-Verbesserungen“ je zur Hälfte vom Landkreis sowie den betroffenen Samt- und Einheitsgemeinden nach den Fahrgastzahlen auf ihren Bahnhöfen aufgebracht werden.

Am 26.10.2016 fand dazu erneut ein gemeinsames Gespräch der vier betroffenen Landräte mit der Staatssekretärin Behrens aus dem Nds. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (MW) statt. Das Land hat sich in diesem Gespräch dazu bereit erklärt, sich dauerhaft mit jeweils festen Beträgen an einer Tarifaufweitung zu beteiligen. Grundlage sei dabei das Modell 3 (nur Zeitkarten, aber sämtliche Bahnhöfe im Landkreis).

Gemäß anliegender Tabelle geht das Ministerium dabei von einem geschätzten Finanzierungsbedarf von rd. 840.000,00 Euro im Modell 3 für den Landkreis Rotenburg aus. Da das Land jetzt von diesen Kosten allerdings 80.000 Euro an „Minderaufwendungen Schülertickets“ absetzen, die bislang nicht erklärt wurden. Darüber hinaus sollen weitere 60.000 Euro für „Minderaufwendungen Übergangstickets“ abgesetzt werden, die der Landkreis für den bisherigen Übergangstarif für Bahnzeitfahrkarten in den HVV hinein aufwende (tatsächlich ist das mehr). Der Finanzierungsbedarf für das Modell 3 wird so auf 700.000 Euro heruntergerechnet. Davon würde das Land letztendlich 50 %, mithin 350.000 € als jährlichen dauerhaften Zuschusses tragen, beim Landkreis verblieben 490.000 Euro p.a. Im Gegenzug soll eine mögliche, aber noch nicht näher konkretisierte Kostenbeteiligung Hamburgs zugunsten der Landkreise gehen. Die Landkreise sollen allerdings in jedem Fall das wirtschaftliche Risiko von Mehrkosten tragen. Alle Zahlen stehen im Übrigen noch unter dem Vorbehalt der Nachprüfung.

Das Land Niedersachsen ist indessen nicht bereit, die HVV-Tarifausweitung zum Gegenstand seiner Verkehrsausschreibungen zu machen. Stattdessen sollen die vier neuen Landkreise selbst entsprechende Verträge mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen und dem HVV abschließen. Dies birgt das Risiko, dass die Landkreise die Kosten allein tragen müssen, sollte das Land doch eines Tages aus der Finanzierung aussteigen.

Den Landkreisen ist freigestellt, ein anderes weitergehendes Tarifmodell zu wählen. Sie müssten dann aber sämtliche weiteren Tarifverluste einschl. des dann ungleich größeren wirtschaftlichen Risikos selbst tragen.

Beim Modell 1 (komplettes HVV-Fahrscheinangebot, sämtliche Bahnhöfe) wurden zuletzt 1,8 Mio. bis 2,1 Mio. Euro Tarifverluste prognostiziert, was bei einem festen Landeszuschuss von 350.000 Euro den Finanzierungsanteil des Landkreises auf 1,5 bis 1,8 Mio. Euro p.a. erhöhen könnte, wovon die Bahnhofskommunen ihrerseits die Hälfte aufbringen müssten.

Beim Modell 2 (komplettes HVV-Fahrscheinangebot, aber ohne die VBN-Bahnhöfe Rotenburg und Sottrum) gingen wir von 1,1 bis 1,3 Mio. Euro Tarifverlust aus, bei dem festen Landeszuschuss von 350.000 Euro mithin noch 750.000 bis 950.000 Euro p.a. für den Landkreis und die Bahnhofskommunen.

Grundsätzlich könne der Landkreis auch seine gerade im Landtag beschlossenen zusätzlichen ÖPNV-Mittel in Höhe von rd. 581.000 Euro p.a. einsetzen. Diese würden dann aber möglicherweise bei den angestrebten Angebotsverbesserungen bei Buslinien und bedarfsorientierten Ergänzungsangeboten fehlen.

Am 16.11. findet noch ein Lenkungskreistreffen beim HVV statt, bei dem sich u.U. weitere Informationen z.B. zu der möglichen Beteiligung Hamburgs oder dem zeitlichen Aspekt ergeben könnten. Nach heutigem Stand ist eine Tarifausweitung frühestens zum Dezember 2017 umsetzbar.

In der Sitzung des Fachausschusses soll ergänzend vorgetragen und gemeinsam über das weitere Vorgehen des Landkreises beraten werden.

Luttmann